

Bürgermeisteramt Müllheim

Beschluss des Gemeinderats

öffentlich

Nr. 54 vom 20.07.2016

Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion „ALM / Bündnis 90/Die Grünen“: Anreize zur Vermietung leer stehender Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen

Herr Stadtrat Dr. Richter erläutert den Antrag der Fraktion. Dieser ist Bestandteil dieses Protokolls, es wird hiermit darauf verwiesen.

Frau Bürgermeisterin Siemes-Knoblich erklärt, dass dies ein zweiteiliger Antrag sei. Man habe sich das Förderprogramm der Stadt Offenburg angeschaut. Dort gebe es Anreize auch jenseits der finanziellen Seite. Den ersten Punkt des Antrags würde die Verwaltung gerne annehmen.

Zum zweiten Teil des Antrages erläutert Herr Danksin, dass es momentan ganz wenig Grundstücke für Mehrfamilienhäuser gebe. Beim ehemaligen Krankenhausareal müsse man Käufer finden für Baufelder auf welchen ausschließlich Mietwohnungen zugelassen seien. Derzeit gebe es Anfragen und Rückläufer. Bei den Reihenhäusern sehe man derzeit keinen Handlungsbedarf.

Wichtig sei, im künftigen Baugebiet einen Bereich auszuweisen, der den Schwerpunkt auf den sozialen Wohnraum lege. Man müsse Lösungen für preisgünstigen Wohnraum durch den Bebauungsplan festsetzen. Die 1/3 Regelung könne nicht über das komplette Baugebiet angewandt werden, sonst bekomme man bei der Vermarktung Schwierigkeiten. Eine Generalregelung im Bebauungsplan, die bei jedem Grundstück die Verpflichtung mit sich bringe, müsse man ablehnen. Dies sei unpraktikabel.

Frau Stadträtin Pfeifer-Suger teilt mit, dass der Vorteil sei, dass die Wohnungen dezentral seien. Darum erhalte man keine Ghettobildung. Wenn man trenne, widerspreche dies der sozialen Durchmischung. Andere Kommunen würden dies mit Erfolg praktizieren.

Herr Stadtrat Nafz erklärt, dass ein Bauträger Wohnungen verkaufen und nicht vermieten wolle. Dies würde eher abschrecken. Seiner Meinung nach sei der erste Punkt haushaltsrelevant und müsse in die Haushaltsberatungen verschoben werden.

Herr Stadtrat Ruhkopf ergänzt, dass ein Gegenfinanzierungsvorschlag fehle.

Herr Stadtrat Dr. Menny teilt mit, dass der erste Punkt nicht so strittig sei. Der zweite Punkt lege Fesseln an. Er würde eher empfehlen, von Fall zu Fall zu beraten und zu beschließen. Man bleibe flexibler und die Regelung sei auch durchführbar.

Herr Stadtrat Dr. Richter fügt noch an, dass man gezwungen sei, Wohnraum zu schaffen. Die Haushaltsrelevanz sei kein Argument und nicht zielführend.

Herr Stadtrat Nutsch meint, man habe die Problematik der Anschlussunterbringung erkannt. Man müsse nun abwarten, bis die Rahmenbedingungen konkret seien.

Herr Danksin erklärt, dass der erste Prüfungsauftrag nicht haushaltsrelevant sei. Das Programm in Offenburg laufe sei April. Die Leistungen müssten nicht nur monetär erbracht

werden, die Anträge müssten bearbeitet werden. Bis dies so weit sei, wären die Haushaltsberatungen nicht mehr weit.

Durch Festsetzungen im Bebauungsplan könne man dafür sorgen, dass preisgünstiger Wohnraum entstehen könne. Bei der Vermarktung wäre Flexibilität wichtig.

Frau Bürgermeisterin Siemes-Knoblich schlägt vor, über beide Teile getrennt abzustimmen.

Es folgt die Abstimmung über Teil eins des Antrages:

Die Verwaltung zu beauftragen, eine Richtlinie für ein Förderprogramm zur Aktivierung von Wohnraum zu erarbeiten und dem Gemeinderat in Kürze vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Der Antrag ist somit angenommen.

Abstimmung über Teil zwei des Antrages:

Zu beschließen, beim Verkauf von städtischen Grundstücken an Investoren zum Bau von Mehrfamilienhäusern die Auflage zu machen, 1/3 der Wohnungen als günstige Mietwohnungen zu erstellen. Der Quadratmeterpreis sollte 8,- € nicht übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.